

# SPD demokratischer pressediens

F/XXXI/149

6. August 1976

Europa: Fazit und Ausblick

-----  
Initiativ-Verdienste der Helmut Schmidt-Regierung

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 1 und 2 / 84 Zeilen

Die Preise bleiben unter Druck

-----  
Niedrigste Teuerungsrate seit einem halben Jahrzehnt

Seite 3 / 44 Zeilen

Schluß mit der Schießerei an der Grenze I

-----  
Die Gewalt-Escalation wird zur offenen Bedrohung aller

Seite 4 / 34 Zeilen

Hilfe für Frauen in Not

-----  
Initiative der Bonner Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Von Hermann Brungs

Stadtverordneter und SPD-Bundestagskandidat des Wahlkreises Bonn

Seite 5 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heusteele 2-10  
Postfach: 120 428  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 35  
Telex: 08 68 940 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

## Europa: Fazit und Ausblick

---

### Initiativ-Verdienste der Helmut Schmidt-Regierung

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im  
Europäischen Parlament und Mitglied des SPD-Fraktionvorstandes

Die Bundesregierung unter Helmut Schmidt und die sie tragende sozial-liberale Koalition haben eine Bilanz europapolitischer Leistungen vorgelegt, die nach vorne weist und nach konsequenter Weiterführung dieser Regierungspolitik verlangt.

Dank des unermüdlichen Einsatzes von Bundeskanzler Helmut Schmidt wurden wichtige Grundsteine zu einer tragfähigen Basis für die europäische Einigung gelegt. Die Staats- und Regierungschefs, die bis zum 9./10. Dezember 1974 in Gipfalkonferenzen - also rechtlich und politisch außerhalb der Europäischen Gemeinschaft - zusammentraten, treffen sich auf Schmidt's und Giscard's Vorschlag seit März 1975 regelmäßig dreimal jährlich im Europäischen Rat. Damit haben sie ihre Autorität und das ganze politische Gewicht der Mitgliedstaaten in das institutionelle Gefüge der Gemeinschaft eingebunden. Obwohl dieser Europäische Rat nicht im System der Gemeinschaftsverträge vorgesehen ist, entwickelt er seither jene politische Initiativkraft, ohne die das europäische Einigungswerk nicht vorankommen kann. Dazu gehören die politische Orientierung für die Antwort der Gemeinschaft, für die europäische politische Zusammenarbeit und die Fortführung der Einigungspolitik.

Der wichtigste und mit dem persönlichen Verdienst Helmut Schmidts untrennbar verbundene Beschluß des Europäischen Rates wird die Direktwahl des Europäischen Parlaments bleiben. Von Bedeutung im institutionellen Bereich ist auch die Einigung der Staats- und Regierungschefs auf den britischen Labourpolitiker Roy Jenkins als neuen Präsidenten der EG-Kommission. Der Europäische Rat erreichte ein gemeinschaftliches Auftreten bei der Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ), die Einführung eines europäischen Passes ab 1978, die Verbesserung des Finanzgebarens der Europäischen Gemeinschaft und führte den sogen. "Korrekturmehanismus" ein, durch die einzelnen Mitgliedstaaten eine mit ihren EG-Finanzbeiträgen verbundene, für sie unerträgliche Haushaltsbelastung erleichtert werden kann; dieses Instrument ist bisher noch nie zum Einsatz gekommen, aber dennoch eine wichtige Vorbedingung für das Verbleiben Großbritanniens in der EG gewesen. Schließlich hat Ende Juli 1976 in Luxemburg die Konferenz der für die innere Sicherheit zuständigen EG-Minister stattgefunden, die eine enge Zusammenarbeit in Gang setzte. Nach der Geiselnahme von Entebbe verabschiedete der Europäische Rat eine gemeinsame Erklärung zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, an welcher weder Sicherheitsrat noch Vollversammlung der UNO vorbeigehen können und die auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu geeignetem abgestimmten Vorgehen führen wird.

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat die Politik der Europäischen Gemeinschaft gerade dort unterstützt und vorangebracht, wo ein partikulares Vorgehen der Mitgliedstaaten den globalen wirtschafts- und

sozialpolitischen Problemen gegenüber unfruchtbar bleibt. In der Sozialpolitik hat der Ministerrat das Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und das sozialpolitische Aktionsprogramm, erweiterte Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds und Richtlinien für die Gleichheit von Mann und Frau im Erwerbsleben beschlossen. Mit der Gemeinschaftsanleihe wurde ein inzwischen bewährtes Instrument zur Finanzierung Ölpreis-bedingter Zahlungsbilanzdefizite geschaffen.

Zum Abbau der hauptsächlich regionalen Unterschiede in der Gemeinschaft wurde der Regionalfonds auf drei Jahre mit 1,3 Milliarden RE ausgestattet, aus dem die Bundesrepublik rd. 300 Millionen DM erhalten wird. Der Ministerrat beschloß eine Strategie zur gemeinsamen Energiepolitik und Maßnahmen zu deren Durchführung. Dies wurde im Bereich der Forschungspolitik ergänzt durch Energieforschung der Gemeinschaft mit dem Ziel der Energieeinsparung und nichtkonventionellen Energieerzeugung; andere Vorhaben der Gemeinsamen Forschungspolitik sind wissenschaftliche und technische Information und Dokumentation, Behandlung und Lagerung radioaktiver Abfälle und transnationale Zusammenarbeit z. B. in der Fusion, in der Biologie oder im Umweltschutz. Sozialdemokratische Politik für Europa besteht also nicht, wie weiland bei der CDU/CSU, in administrativem Pragmatismus, sondern in Vorausschau und der Sorge für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt sowie für eine substantielle Dynamik der europäischen Integration.

Durch eine Politik, die gemeinschaftsweite Zustimmung findet, wächst auch das Ansehen der Europäischen Gemeinschaft in der ganzen Welt stärker, als es ihre inneren Probleme vermuten lassen. Das wird erkennbar an dem von den Drittländern gewünschten Ausbau der Außenbeziehungen der Gemeinschaft. Der größte Erfolg war dabei das Abkommen von Lomé mit 46 Entwicklungsländern des afrikanisch-karibisch-pazifischen Raumes, die nahezu die Hälfte der in der UNO vertretenen Entwicklungsländer darstellen. Dieser Vertrag macht gemeinsame wirtschaftliche Verantwortung zur Grundlage der Beziehungen zwischen Europa und der Dritten Welt. Darüber hinaus hat die EG ihre Mittelmeerpolitik umfassend ausgebaut; mit Griechenland wurden die Assoziation wiederbelebt und Beitrittsverhandlungen beschlossen. Verträge über Handel und Zusammenarbeit wurden mit Israel, mit Malta und mit den Maghreb-Staaten ausgehandelt, mit Ägypten, Jordanien und Syrien vorbereitet. Mit nichtassoziierten Staaten Lateinamerikas und Asiens wurden Handels- und Kooperationsverträge abgeschlossen. Auch mit dem COMECON sollen Vertragsverhandlungen aufgenommen werden, mit der Volksrepublik China bestehen inzwischen diplomatische Beziehungen.

Die in der europäischen politischen Zusammenarbeit abgestimmte Haltung und das gemeinsame Auftreten der EG-Staaten in der Außenpolitik hat sich bei den KSZE-Verhandlungen, in der Nahost- und Mittelmeerpolitik, in afrikanischen Fragen und vor der UNO bewährt, das gleiche gilt auch für die Beziehungen der EG-Staaten zu den arabischen Ländern, zu Israel und Kanada. Trotz der erhofften Stärkung des Europäischen Parlaments und der allgemeinen Direktwahl seiner Abgeordneten wird die Europäische Gemeinschaft auch künftig auf die politische Weitsicht und Tatkraft der nationalen Regierungen und Regierungsparteien mit angewiesen sein. Wie in vielen anderen Gebieten hat sich in der Europapolitik erwiesen, daß in Deutschland Leistungen und Konzepte auch zukünftig nur von dieser von den Sozialdemokraten geführten Koalition hervorgebracht werden können.

(-/6.8.1976/mie/e)

### Die Preise bleiben unter Druck

#### Mittigste Teuerungsrate seit einem halben Jahrzehnt

"Etwas mehr als vier Prozent" war die Teuerungsrate im letzten Monat. In den Augen der Kommission der europäischen Gemeinschaft hat die Bundesrepublik damit bereits ein Stadium der Inflationsbekämpfung erreicht, das - so aus Brüssel amtlich - mit einer dauerhaften Stabilität vereinbar ist. Weniger als im Juli 1976 waren die Preise zum letzten Mal Anfang 1971 gestiegen, als sie - und das sollte man niemals aus den Augen verlieren - den inflationär überzeichneten Boom der beiden folgenden Jahre signalisierten.

Für die Bundesrepublik sollte aber nicht nur deshalb die Marge der EG kein endgültiger Maßstab sein, denn als eines der starken Länder in der Gemeinschaft hat die Bundesrepublik auch ein gewisses Eigeninteresse daran, Stabilität zu exportieren. Es ist doch schon seit Monaten kein Geheimnis mehr, daß die Erfolge an der binnenwirtschaftlichen Preisfront von immer teurer werdenden Importen in Frage gestellt werden.

Andererseits bleibt aber nach sieben Monaten Preisentwicklung festzuhalten, daß sich einerseits der Beitrag der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zur Wiedergewinnung von mehr Geldwertstabilität bezahlt zu machen beginnt, und daß andererseits der Verzicht auf ursprünglich anvisierte Einkommensaufbesserungen nicht mit Falschgeld honoriert worden ist. Sieht man von einigen, branchenbeschränkten Ausbrüchen ab, dann haben auch die Unternehmer offensichtlich die Gunst der Stunde erkannt, die ihnen sowohl vom gesamtwirtschaftlichen Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften als auch von einer Wirtschaft-, Finanz- und Konjunkturpolitik beschert wurde, die vielfach sogar gegen Stimmen aus dem Unternehmerlager durchgesetzt worden ist.

Wie sehr Konjunkturpolitik und verantwortungsbewusstes Tarifverhalten durchzuschlagen in der Lage sind, zeigen Hochrechnungen von Bankanalysten: Sie prophezeien zahlreichen Unternehmen für das laufende Jahr beträchtliche Gewinnsteigerungen, manchen gar um 100 vH. Aber auch das - wenn vielleicht auch nicht in dieser extremen Form - gehört zu jener ökonomischen Strategie, die über mehr Preisstabilität zu einer Kostenrelativierung und damit durch Verbesserung der Ertragslage jene Investitionsfähigkeit anstrebt, die nun einmal für einen Aufschwung mit Maß und in Solidität unabdingbare Voraussetzung zu sein scheint, um dauerhaft ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot zu erreichen.

Gelingt es, die Teuerungsrate im Rahmen der letzten Monate zu halten, brauchen bundesweit nicht jene realen Einkommensverluste einzutreten, die den Arbeitnehmern beim Ringen um wachstumsorientierte Lohnerhöhungen prophezeit worden waren. Wichtig und mit Sicherheit nicht weniger bedeutsam ist dann aber auch, daß der Preisüberhang zum Jahreswechsel ein Mini-Maß erreicht, daß bereits jetzt für das nächste Jahr zu einiger Zuversicht berechtigt. Die Anstrengungen der letzten Jahre haben sich gelohnt. Einkommen und Guthaben drohen keine Auszehrung, die binnenwirtschaftliche Kostenentwicklung ist unter Kontrolle. Es kommt nun darauf an, daß Arbeitnehmer und Unternehmer zusammen mit der staatlichen Konjunktur-, Finanz- und Wirtschaftspolitik diesen Erfolg stabilisieren.

Theodor Tremmes  
(-/6.8.1976/mie/e)

Schluß mit der Schießerei an der Grenze!

Die Gewalt-Escalation wird zur offenen Bedrohung aller

Es ist hoch an der Zeit, in allem Ernst vor einer weiteren Escalierung der Gewalt an der deutsch-deutschen Grenze zu warnen. Die brutale Niederschießung des italienischen Fernlastfahrers Benito Corghi an einem offiziellen Grenzübergang, ein Vorgang also, den auch die ärgste Kälteknüchtigkeit eines DDR-Funktionärs nicht mehr in eine Grenzverletzung umkonstruieren kann, zeigt zum vielfachen Male auch einer jetzt wohl aufgeschreckten internationalen Öffentlichkeit, daß die Schießbefehltaktik Ostberlins zur offenen Gefahr in Mitteleuropa geworden ist. Das gewiß durch die entsetzlichen Vorgänge etwa im Libanon oder in Südafrika strapazierte Weltgewissen kann und darf an der am laufenden Band erfolgenden Erachießung von unschuldigen oder auch leichtsinnigen Zivilisten durch die für ihre "Aufgabe" gedrillten und dafür mit Medaillen ausgezeichneten DDR-Grenzer nicht mehr länger schweigend zusehen. Das Schießen an der deutsch-deutschen Grenze muß aufhören.

Die Warnung vor einer Escalierung muß aber auch an eine andere Adresse gerichtet werden. Der "Sprecher für Rechtspolitik der CSU-Landesgruppe im Bundestag", MdB Dr. Fritz Wittmann, hat in einer martialischen Erklärung verlangt, daß dem "Bundesgrenzschutz der Befehl zum Feuerschutz gegenüber den uniformierten Terroristen Ostberlins" gegeben werden sollte. Die unverantwortliche Abenteuerlichkeit dieser Forderung läßt den Grad der Escalation erkennen, an dem wir durch das Unrechtsverhalten der DDR angelangt sind. Es bedarf des entschiedenen Dazwischentretens aller besonnenen Kräfte, damit eine Entwicklung gestoppt wird, die nicht nur uns in Bedrohung bringen könnte und müßte.

(e/6.8.1976/bgy/e)

+ + +

## Hilfe für Frauen in Not

---

Initiative der Bonner Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Von Hermann Brungs

Stadtverordneter und SPD-Bundestagskandidat des Wahlkreises Bonn

Alle Formen der Gewalt haben auch gesellschaftliche Ursachen, die in den sozialen Bedingungen liegen, unter denen Menschen leben. Soziale Isolierung begünstigt das Entstehen und die Verschärfung von Konflikten im familiären Bereich. Gewaltenwendung gibt es in allen Bevölkerungsschichten, wobei sicher ist, daß sie die Schwächsten trifft, und zu diesen Schwächsten gehören insbesondere auch Frauen in sozial benachteiligten Schichten. Sie werden von der Verkettung von Gewalt, Angst, Erniedrigung und Depression getroffen, und gerade sie wissen sich oft in einer Notlage nicht zu helfen, weil sie keinen Ausweg erkennen können.

Die Bonner Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, die seit über einem Jahr eine "Soziale Beratungestelle" betreibt, hat über ihre Erfahrungen mit den Stadtverordneten ihrer Partei diskutiert. Das praktische Ergebnis ist ein Antrag der SPD-Ratsfraktion, der gegenwärtig in den zuständigen Ausschüssen diskutiert wird.

In dem Antrag wird nach dem Vorbild anderer Städte gefordert, daß zur vorübergehenden Aufnahme von Frauen und von Frauen mit Kindern in akuter Notlage eine städtische Einrichtung - ein "Haus für Frauen in Not" - geschaffen werden soll, die die Betreuung durch erfahrene Sozialarbeiter ermöglicht.

Weiter soll dafür gesorgt werden, daß einige Wohnungen verfügbar sind, in die Frauen umziehen können, sobald ihre Lebensumstände mit Hilfe des Sozialamtes, des Jugendamtes, des Arbeitsamtes oder anderer Behörden so weit geregelt sind, daß sie sich selbst weiterhelfen können. Schließlich sollen Kontakte mit freien Wohlfahrtsverbänden und anderen für eine Trägerschaft geeigneten Organisationen aufgenommen werden, um zu klären, ob die Stadt selbst die Trägerschaft übernimmt, oder ob dies durch einen freien Träger geschehen soll.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß dieses "Haus für Frauen in Not" in Selbstverwaltung der dort Lebenden und Arbeitenden geführt werden soll. Eine solche Einrichtung würde gewährleisten, daß Frauen sich sofort an einen Ort begeben können, wo sie sicher sind, daß ärztliche Hilfe und Gesprächspartner zur Verfügung stehen und die unmittelbar notwendige Hilfe der Behörden ermöglicht wird.

Die Bonner Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen hat die Gründung eines Vereins beschlossen, der die notwendigen Schritte zur Einrichtung eines solchen Hauses vornehmen kann. Weitgehende Bürgerinitiative wird aber notwendig sein, um die spätere Selbstverwaltung dieser von der SPD geforderten Einrichtung sicherzustellen. (-/6.8.1976/ve/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert